

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017
Tagesordnungspunkt: FH.FH-SF Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

- 1 Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen starken
- 2 Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist.
- 3 .
- 4 Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der
- 5 menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch
- 6 Rechtsextreme
- 7 wie Neonazis und Reichsbürger*innen zielen gleichermaßen auf unsere freie Gesellschaft und
- 8 ihre Werte. Ihnen stellen wir uns entgegen. Wir tun dies entschlossen, effektiv und
- 9 rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und
- 10 Massenüberwachung. Dabei ist für uns klar, Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben – und
- 11 das gilt auch umgekehrt. Es ist daher richtig, zu prüfen, ob die neuen Herausforderungen
- 12 auch Gesetzesänderungen notwendig machen. Aber wir sind nicht bereit, falsche Antworten zu
- 13 akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind – so wie zum
- 14 Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Es ist viel
- 15 wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und
- 16 Bürger.
- 17 Der schreckliche Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat erneut massive
- 18 sicherheitspolitische Defizite in der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden offenbart. Auch
- 19 die nahezu täglichen Übergriffe und Anschläge von Rechten auf Asylbewerberinnen und -
- 20 bewerber zeigen Defizite auf. Das Vertrauen in den Staat war schon zuvor durch rechtswidrige
- 21 Massenüberwachung, das Eigenleben des Verfassungsschutzes und den NSU-Skandal
- 22 beschädigt.
- 23 Zum Vertrauensverlust hat beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte
- 24 Bundesinnenministerium auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen
- 25 hilflosen Antworten gibt. Eilig und ohne Fehleranalyse forciert es Gesetzesänderungen im
- 26 Hauruckverfahren – ohne seriöse Folgenabschätzung, die im besten Fall sicherheitspolitische
- 27 Placebos, im schlechtesten Fall tiefe Eingriffe in den Rechtsstaat sind. Innenpolitischer
- 28 Aktionismus und fehlende Kontrolle durch den sozialdemokratischen Justizminister vermitteln
- 29 das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem Anschlag überrumpelt wird und der
- 30 Kriminalität beständig hinterherhinkt.
- 31 Wir stellen dagegen unser Konzept einer bürgernahen, personell und materiell gut
- 32 ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und eines auf klaren rechtsstaatlichen
- 33 Prinzipien beruhenden Informationsaustauschs zwischen den europäischen
- 34 Sicherheitsbehörden.
- 35 **Sicherheit in einem starken Rechtsstaat**

33 In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit. Dafür
34 setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei muss auch als
35 Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein. Die Einsparungen der
36 vergangenen Jahre waren ein schwerer Fehler. Wir wollen eine motivierte, vielfältige,
37 personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete Polizei. Sowohl in der
38 Kriminalitätsbekämpfung als auch im Kampf gegen Rechtsextremismus oder den islamistischen
39 Terrorismus mangelt es an gut ausgebildetem und geschultem Personal. Wir brauchen
40 Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeamte mit
41 Migrationshintergrund und Kenntnis mehrerer Sprachen sind ein Gewinn für den Rechtsstaat
und
42 für die Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. Eine Polizei, die an der Seite der Menschen
43 für Sicherheit sorgt und eindeutig für den Rechtsstaat und eine offene Demokratie eintritt.
44 Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für
45 Beamt*innen wie Bürger*innen ein, so wie ihn mehrere grün-mitregierte Länder bereits
46 eingeführt haben.

47 Videoüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und
48 sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Kameratechnik
49 ersetzt aber keine Polizeistreifen.

50 Bedrohungslagen wandeln sich. Während die Kriminalität insgesamt sinkt, bereitet die
51 wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche vielen Menschen Sorge. Wir setzen auf mehr
52 Unterstützung zur Einbruchsprävention. Und wir brauchen eine zielgerichtete,
53 länderübergreifende Polizeizusammenarbeit, um die gegenwärtige Gefahr abzubauen und auf
54 künftige Bedrohungen flexibler als durch Gesetzesänderungen reagieren zu können.

55 Mehr Personal mit guter Ausstattung und eine optimierte internationale Zusammenarbeit der
56 Polizei, die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, sind zwar nicht so
57 billig wie Gesetzesverschärfungen, verbessern aber direkt die Sicherheitslage. Bei der
58 Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten
sein.

59 Gefährder der öffentlichen Sicherheit müssen rund um die Uhr gezielt überwacht werden
60 können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.

61 Den regelmäßigen Rufen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren erteilen wir eine klare
62 Absage. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt
63 wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim
64 Bundeskriminalamt (BKA) konzentriert werden. Weil Terror und internationale Kriminalität
65 keine Grenzen kennen, brauchen wir Sicherheitsbehörden, die international nach klaren
66 rechtsstaatlichen Kriterien, gemeinsamen Grundrechtsstandards und von den Parlamenten
67 kontrolliert zusammenarbeiten. Deshalb wollen wir gemeinsame Ermittlungsteams bei Europol
in
68 der Terrorismusbekämpfung und im Bereich der organisierten Kriminalität stärken. Die Praxis,
69 die Sicherung der Außengrenzen der EU auf die Länder am Rand der EU abzuschieben, wollen
wir
70 beenden. Europa hat eine gemeinsame Verantwortung für ein europäisches Grenzregime, das
den

71 Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das Vertrauen
72 in das Schengen-System stärkt.

73 **Kein Fußbreit den Faschisten**

74 Rechtsextreme Fanatiker*innen, Reichsbürger*innen, Nazis und sogenannte Identitäre formieren
75 sich. Es gibt eine zunehmend laute rechte und rechtspopulistische Szene in Deutschland, die
76 sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen. Die Zahl
77 rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir erwarten, dass Polizei und Justiz
78 rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent ahnden. Wir wollen den Schutz für Opfer
79 rechter Gewalt verbessern. Wer zum Beispiel Opfer von rechter Gewalt geworden ist, sollte
80 nicht abgeschoben werden.

81 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus,
82 antimuslimischer Rassismus, Trans- und Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung von
83 Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung gibt es nicht nur am rechten
84 Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu
85 sorgen, dass sich alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer
86 sexuellen Identität oder Religion – frei und sicher bewegen können – egal ob in Berlin,
87 Sachsen oder Baden-Württemberg.

88 Wo immer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren durch Bildungs- und
89 Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen oder in der
90 antifaschistischen Einhornaktion, haben sie volle Unterstützung und Solidarität von uns.
91 Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren für mehr Demokratie. Das wollen
92 wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen.

93 **Zäsur beim Verfassungsschutz**

94 Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit
95 allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen den Blick nach rechts
96 außen schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser
97 würdigen und als Expertenwissen in ihre Analysen einbeziehen. Das Versagen gegenüber dem
98 rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist
99 dauerhaft auf dem rechten Auge blind und nicht in der Lage, für die Demokratie gefährliche
100 Entwicklungen zu erkennen. Auch die zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes im Fall Amri
101 und beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf Fehleinschätzungen hin. Wir
102 wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren.

103 Es braucht beim Verfassungsschutz einen Neustart. Statt des Bundesamtes für
104 Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und
105 strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das mit
106 nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet

107 Die allgemeine Beobachtung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen soll ein
108 unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung übernehmen, das ausschließlich öffentliche
109 Quellen nutzt. Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft sind regelmäßig besser
110 informiert als das Bundesamt für Verfassungsschutz.

111 **Prävention ausbauen – für eine Kultur des Hinschauens**

112 Wir wollen Prävention und Partizipation ausbauen. Wir müssen alles unternehmen, damit junge
113 Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende Ideologien
114 abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder islamistisch. Das gelingt durch eine Kultur
115 des Hinschauens. Wir wollen Radikalisierung von Anfang an verhindern: Deshalb fordern wir
116 eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, die Förderung von Demokratie- und
117 Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von Beratungsstellen,
Jugendverbänden
118 und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten, denn sie waren in
119 der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung.

120 Wir wollen Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, als auch gewaltbereiten
Islamismus
121 und Salafismus massiv ausbauen und zivilgesellschaftliche Ansätze stärken. Auch
122 Moscheegemeinden und im Besonderen Imame sind in der Verantwortung, zu kooperieren und
ihren
123 Beitrag zur Prävention und Verhinderung der Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.

124 Wir wollen Straftaten vorbeugen. Deshalb sollen Bund, Länder, Kommunen und
125 zivilgesellschaftliche Institutionen gemeinsam in einem bundesweiten Präventionszentrum
126 arbeiten. Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger aus der rechtsextremen und
127 islamistischen Szene wollen wir stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu verhindern, muss der
128 Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale
129 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen.

130 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

131

132 **Kampf gegen rechts stärken**

133 Wir sagen rechten und rechtspopulistischen Kräften in unserer Gesellschaft den Kampf an.
134 Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene
135 Demokratie stark. Diese zivilgesellschaftlichen Institutionen verdienen staatliche und
136 politische Unterstützung und Anerkennung. Wir Grünen wollen sie deshalb dauerhaft mit einem
137 Demokratiefördergesetz stärken, das ihnen verlässlich die nötigen finanziellen Grundlagen
138 garantiert. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche
139 Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab.

140

141 **Der Radikalisierung von Jugendlichen vorbeugen**

142 Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende, Gewalt
143 propagierende Ideologien abgleiten. Dazu wollen wir eine umfassende und wirkungsvolle
144 Präventionsstrategie gegen gewaltbereiten Islamismus anwenden. Ein bundesweites
145 Präventionszentrum soll die Aufgaben koordinieren und alle relevanten staatlichen und
146 zivilgesellschaftlichen Akteure vernetzen. Dazu gehören: verschiedene Ressorts der
147 Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Jugendhilfe,
148 Jugendverbände, Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Wissenschaft und Medien.
149 Auch Präventionsnetzwerke vor Ort, die gegen den gewaltbereiten Islamismus angehen, wollen
150 wir fördern.

151

152 **Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren**

153 Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr
154 Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das
155 ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir
156 beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt
157 konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des
158 Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein
159 personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen,
160 das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein
161 verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die
162 Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine
163 europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von
164 Feuerwaffen einführen.

165
